



AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN DER STÄDTEREGION AACHEN



AACHEN, DEN 23. Oktober 2020

NR. 32

STÄDTEREGION AACHEN

Allgemeinverfügung der StädteRegion Aachen zur Anordnung von weitergehenden Schutzmaßnahmen auf dem Gebiet der StädteRegion Aachen (außer Stadt Aachen) anlässlich der Feststellung der Gefährdungsstufe 2

Gemäß § 28 Abs. 1 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), neu gefasst durch Artikel 1 Nr. 6 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587) sowie § 28 Abs. 3 i.V.m. § 16 Abs. 8 IfSG in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Nr. 1 des Infektionsschutz- und Befugnisgesetzes (IfSBG-NRW) vom 14. April 2020 (GV.NRW. S. 218b) und §§ 13, 15a Abs. 2 und Abs. 4 der Verordnung zum Schutz vor Neuinfizierungen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (Coronaschutzverordnung – CoronaSchVO) vom 30. September 2020 (GV. NRW. S. 915) in der ab 17.10.2020 geltenden Fassung sowie § 35 Satz 2, 41 Abs. 3 und 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) vom 23. Januar 2003 (BGBl S. 102), geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (BGBl S. 2639) und § 80 Abs. 2 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686) erlässt der Städteregionsrat zur Verhütung der Weiterverbreitung von SARS-CoV-2 Virus-Infektionen folgende Allgemeinverfügung.

Aufgrund des fortschreitenden Infektionsgeschehens und des sich beständig erhöhenden Wertes der 7-Tages-Inzidenz sind nach dem Erlass der Allgemeinverfügung zur Festlegung der Gefährdungsstufe 2 vom 20.10.2020 die mit Allgemeinverfügung vom 14.10.2020 ergangenen Anordnungen zu ersetzen.

Allgemeinverfügung

Für das Gebiet der StädteRegion Aachen (einschließlich der Stadt Aachen) wurde entsprechend § 15a Abs. 2 der CoronaSchVO das Vorliegen der **Gefährdungsstufe 2** am 20.10.2020 festgestellt.

Mit Festlegung dieser Gefährdungsstufe sind die in § 15a Abs. 3 und Abs. 4 der Verordnung genannten Regelungen zu den Gefährdungsstufen 1 und 2 in Kraft getreten.

Weitergehende Schutzmaßnahmen

Zur Eindämmung des Infektionsgeschehens werden – insbesondere vor dem Hintergrund des nach wie vor fortschreitendem Infektionsgeschehens – in Abstimmung mit dem Lan-

deszentrum Gesundheit unter Beteiligung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales und mit der zuständigen Bezirksregierung – gemäß § 15a Abs. 4 Satz 2 die nachfolgenden weitergehenden Schutzmaßnahmen angeordnet:

I. Sportveranstaltungen im Innen- und Außenbereich, Versammlungen

a) Sportveranstaltungen im Innen- und Außenbereich

Der Ausschank sowie der Konsum von alkoholischen Getränken bei Sportveranstaltungen sind verboten.

b) Versammlungen nach dem Versammlungsgesetz

Für Versammlungen nach dem Versammlungsrecht werden in Abstimmung mit der Versammlungsbehörde - über die besonderen Regelungen des § 13 Abs. 3 der CoronaSchVO hinaus – folgende Schutzmaßnahmen angeordnet:

1. Das Mitführen und Konsumieren von Alkohol sowie anderer berauschender Mittel ist während der gesamten Dauer der Versammlung untersagt.
2. Versammlungsteilnehmende haben an Orten, an denen das Abstandsgebot nicht sicher eingehalten werden kann, während der gesamten Dauer der Versammlung eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen.

II. Konsumverbot von alkoholischen Getränken

Zwischen 23:00 Uhr und 6:00 Uhr ist es verboten, im öffentlichen Raum - auf den Straßen und in den Anlagen - alkoholische Getränke zu konsumieren.

III. Diese Anordnungen sind sofort vollziehbar.

IV. Diese Anordnungen gelten für das gesamte Gebiet der StädteRegion Aachen (außer Stadt Aachen).

V. Diese Allgemeinverfügung gilt am auf die Bekanntmachung folgenden Tag als bekanntgegeben. Die Anordnungen unter den Ziff. I. bis VI. treten mit dem auf die Bekanntgabe folgenden Tag in Kraft. Die Allgemeinverfügung gilt bis zum Ablauf des 31.10.2020.

VI. Die Allgemeinverfügung der StädteRegion Aachen vom 14.10.2020 zur Umsetzung von Schutzmaßnahmen, die der Verhütung und Bekämpfung einer weiteren Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 auf dem Gebiet der StädteRegion Aachen (außer Stadt Aachen) dienen, wird hiermit aufgehoben und durch diese Allgemeinverfügung vom heutigen Tage ersetzt.

Rechtsgrundlagen

- §§ 13, 15a der Verordnung zum Schutz vor Neuinfizierungen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (Coronaschutzverordnung – CoronaSchVO) vom 30. September 2020 (GV. NRW. S. 915) in der ab 17.10.2020 geltenden Fassung
- § 3 Infektionsschutz- und Befugnisgesetz –IfSBG-NRW- vom 14. April 2020 (GV. NRW. S. 218b)
- § 28 Abs. 1 Infektionsschutzgesetz - IfSG - vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), neu gefasst durch Artikel 1 Nr. 6 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587) sowie § 28 Abs. 3 i.V.m. § 16 Abs. 8 IfSG
- §§ 35 Satz 2, 41 Abs. 3 und 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) vom 23. Januar 2003 (BGBl. S. 102), geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (BGBl. S. 2639)
- § 80 Abs. 2 Verwaltungsgerichtsordnung – VwGO - vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686)

- jeweils in der z. Zt. gültigen Fassung -

Begründung

Aktuell steigen die Infektionszahlen in Deutschland (Stand 23.10.2020: 403.291, d. h. 11.242 Fälle mehr als am Vortag) und insbesondere in Nordrhein-Westfalen (Stand 23.10.2020: 100.247, d. h. 2.740 Fälle mehr als am Vortag) wieder deutlich an. Damit ist die Infektionszahl im Verhältnis zum Vortag in NRW mit Abstand am höchsten in ganz Deutschland.

Bei der überwiegenden Zahl der Fälle verläuft die Erkrankung mild. Die Wahrscheinlichkeit für schwere und auch tödliche Krankheitsverläufe nimmt mit zunehmendem Alter und bestehenden Vorerkrankungen zu. So beträgt die Anzahl der Todesfälle in Verbindung mit dem Virus SARS-CoV-2 in Deutschland 9.954, davon in NRW 1.994 (Stand: 23.10.2020). Das individuelle Risiko kann anhand der epidemiologischen/statistischen Daten nicht abgeleitet werden. So kann es auch ohne bekannte Vorerkrankungen und bei jungen Menschen zu schweren bis hin zu lebensbedrohlichen Krankheitsverläufen kommen. Langzeitfolgen, auch nach leichten Verläufen, sind derzeit noch nicht absehbar oder belegbar.

In der StädteRegion Aachen ist derzeit ein zunehmendes Infektionsgeschehen zu verzeichnen. Aktuell sind 847 Menschen in der StädteRegion Aachen mit dem Coronavirus infiziert, im Vergleich zum Vortag sind 185 infizierte Personen mehr registriert (Stand. 23.10.2020).

Werden Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt, so trifft die zuständige Behörde gem. § 28 Abs. 1 Satz 1 IfSG die notwendigen

Schutzmaßnahmen, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Unter diesen Voraussetzungen kann die zuständige Behörde gemäß § 28 Abs. 1 Satz 2 1. Halbsatz IfSG Veranstaltungen oder sonstige Ansammlungen von Menschen beschränken oder verbieten. Ausgehend von der Gesetzesbegründung sind hiervon alle Zusammenkünfte von Menschen erfasst, die eine Verbreitung von Krankheitserregern begünstigen.

Für diese Anordnungen zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten sind die Städte und Gemeinden als örtliche Ordnungsbehörde nach § 3 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler oder landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz - IfSBG-NRW) zuständig. Nach § 3 Absatz 2 Nr. 1 IfSBG können Anordnungen für den Bereich mehrerer örtlicher Ordnungsbehörden innerhalb eines Kreises durch die Kreise als untere Gesundheitsbehörden nach § 5 Absatz 2 Nr. 1 ÖGDG erlassen werden. Um das Infektionsgeschehen kommunenübergreifend einzudämmen, sind die oben genannten Anordnungen innerhalb des StädteRegion Aachen (außer Stadt Aachen) erforderlich.

Die untere Gesundheitsbehörde der StädteRegion Aachen kann nach der Ermächtigung durch das Infektionsschutzgesetz in Verbindung mit den Bestimmungen der Coronaschutzverordnung NRW alle notwendigen Maßnahmen treffen, die zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich sind.

Ein wesentlicher Indikator für besondere Schutzmaßnahmen auf örtlicher Ebene ist dabei die Zahl der Neuinfektionen innerhalb von sieben Tagen bezogen auf 100.000 Einwohner (7-Tage-Inzidenz).

Aufgrund der 7-Tage-Inzidenz mit einem Wert von 113 (Stand: 20.10.2020) für das Gebiet der StädteRegion Aachen wurde gemäß § 15a Abs. 2 Satz 2 die Gefährdungsstufe 2 mit den sich daraus ergebenden Einschränkungen aus § 15a Abs. 3 und 4 der Verordnung per Allgemeinverfügung festgestellt.

Darüber hinaus können aufgrund der gesetzlichen Ermächtigung des § 15a Abs. 4 Satz 2 der Verordnung weitergehende Schutzmaßnahmen bei fortschreitendem Infektionsgeschehen angeordnet werden.

Der Wert der 7-Tage-Inzidenz von 50 wurde seit dem 12.10.2020 dauerhaft überschritten und hat sich somit in kürzester Zeit, innerhalb einer Woche, bis zum aktuellen Wert mit Stand heute auf 140 gesteigert. Vor diesem Hintergrund macht die StädteRegion Aachen aufgrund des fortschreitenden Infektionsgeschehens vom o.g. Recht nach § 15a Abs. 4 Satz 2 CoronaSchVO Gebrauch.

In diesem Sinne ergehen die im Nachfolgenden angeordneten besonderen Schutzmaßnahmen für Veranstaltungen der genannten Arten sowie bezüglich des Konsumverbots von Alkohol und Beerdigungen.

Zu I. a) - Sportveranstaltungen im Innen- und Außenbereich

Die Durchführung von Sportveranstaltungen soll grundsätzlich weiterhin möglich bleiben. Zwar ist die Teilnehmerzahl bei Sportveranstaltungen regelmäßig begrenzt, gleichwohl ist zu berücksichtigen, dass gerade bei der zu Grunde gelegten Zuschauerzahl Alkoholenuss regelmäßig zur Nichtbeachtung von vorgegebenen Hygiene- und Abstandsregeln führt. Um den daraus resultierenden Gesundheitsrisiken zu begegnen, ist die weitergehende Anordnung eines Alkoholkonsumverbotes bei Sportveranstaltungen geboten.

Zu I b) - Versammlungen

Bei großen Menschenansammlungen werden Abstandspflichten oftmals nicht eingehalten. Bei Versammlungen nach dem Versammlungsgesetz, die mit unbeschränkter Teilnehmerzahl stattfinden dürfen, ist es erforderlich, die zusätzlichen Schutzmaßnahmen in Form der Maskenpflicht an bestimmten Orten und des Verbots der Mitführung und des Konsums von Alkohol anzuordnen.

Angesichts der eingeschränkten Rückverfolgbarkeit bei Versammlungen nach dem Versammlungsgesetz und der damit verbundenen Hürde einer Kontaktnachverfolgung, muss die Absicherung der Infektionsprävention in den Vordergrund gestellt werden. Diesem Zweck dient die Anordnung einer ortsbezogenen bzw. situativ bedingten Maskenpflicht.

Diese Anordnungen dienen insgesamt dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung und sind geeignet und erforderlich, um weitere Infektionen zu verhindern und erforderlichenfalls evtl. auftretende Infektionsfälle zu begrenzen und damit das Infektionsgeschehen in seiner Ausbreitung einzudämmen.

Zu II. - Konsumverbot von alkoholischen Getränken

Die zwingend erforderlichen Schutzmaßnahmen werden unter der berauschenden Wirkung von Alkohol nicht beachtet.

Diese Regelung stellt - ebenso wie die Einschränkung des Betriebs gastronomischer Einrichtungen und das Alkoholverkaufsverbot - insbesondere in Verbindung mit der Reduzierung der Kontaktgruppengröße eine effektive und zugleich verhältnismäßige Maßnahme dar.

Diese zusätzliche Einschränkung ist geeignet, erforderlich und auch angemessen, das Infektionsgeschehen zum Wohle aller zu reduzieren und möglichst einzudämmen. Dies insbesondere deshalb, weil sie zeitlich und in ihrer Dauer befristet ist.

Zu den über die landesrechtlichen Regelungen hinausgehenden angeordneten Maßnahmen ist insgesamt festzuhalten, dass das in § 28 Abs. 1 Satz 2 IfSG eingeräumte Ermessen insoweit pflichtgemäß ausgeübt wird. Die entgegengesetzten Interessen sind unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit gegeneinander abgewogen worden. Das Interesse der Allgemeinheit an einer Verlangsamung der Verbreitung des Virus und dadurch der Aufrechterhaltung eines funktionierenden Gesundheitssystems rechtfertigt die getroffenen Einschränkungen.

Vor dem Hintergrund der dynamischen Entwicklung der SARS-CoV-2-Infektionen und den vorgeschriebenen Handlungserfordernissen auf Basis der 7-Tage-Inzidenz gem. § 15a CoronaSchVO ist mein Entschließungsermessen insofern reduziert, als weitergehende Schutzmaßnahmen zu treffen sind, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen und Infektionsketten zu unterbrechen. Dazu müssen kontaktreduzierende Maßnahmen zur Beeinflussung, insbesondere Verzögerung der Ausbreitungsdynamik ergriffen und Infektionsketten unterbrochen werden. Durch die mit Hilfe dieser Maßnahmen verlangsamte Weiterverbreitung des Virus kann die dringend erforderliche Zeit gewonnen werden, um im Interesse des Gesundheitsschutzes vulnerabler Personengruppen das Gesundheitssystem leistungsfähig zu halten. Die rasante Entwicklung des Infektionsgeschehens der letzten Tage zeigt, dass die bisherigen Maßnahmen - insbesondere die landesweiten Regelungen der Coronaschutzverordnung alleine - nicht ausreichen.

Sofortige Vollziehung

Die Allgemeinverfügung ist kraft Gesetzes sofort vollziehbar nach § 28 Abs. 3 i.V.m. § 16 Abs. 8 IfSG. Die Anfechtungsklage hat damit gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 3 Satz 1 VwGO keine aufschiebende Wirkung. Dies bedeutet, dass die Allgemeinverfügung auch bei Klageerhebung zu befolgen ist.

Beim Verwaltungsgericht Aachen kann gemäß § 80 Abs. 5 VwGO die Herstellung der aufschiebenden Wirkung beantragt werden.

Bekanntmachung

Diese Allgemeinverfügung wird gemäß § 41 Abs. 3 und 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) auf der Internetseite der Städte-Region Aachen öffentlich bekannt gemacht.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Aachen, Justizzentrum, Adalbertsteinweg 92, 52070 Aachen, erhoben werden. Die Klage ist schriftlich oder zur Niederschrift dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle beim Verwaltungsgericht zu erklären.

Die Klage kann auch durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts erhoben werden. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Es muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gem. § 55a Abs. 4 VwGO eingereicht werden.

Die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) vom 24.11.2017 (BGBl. I S. 3803) in der zurzeit gültigen Fassung.

Sollte die Frist durch eine_n von Ihnen Bevölmächtigte_n versäumt werden, würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite www.justiz.de.

Ordnungswidrigkeit

Ordnungswidrig handelt gem. § 18 Abs. 3 CoronaSchVO i.V.m. § 73 Abs. 1a Nr. 6 IfSG, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer vollziehbaren Anordnung gem. § 28 Abs. 1, Satz 1 oder Satz 2 IfSG, jeweils auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 32 Satz 1 IfSG, zuwiderhandelt. Die Ordnungswidrigkeit kann gem. § 73 Abs. 2 IfSG mit einer Geldbuße bis zu 25.000 Euro geahndet werden.

Strafbarkeit

Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine in § 73 Abs. 1a Nr. 6 IfSG bezeichnete vorsätzliche Handlung begeht und dadurch eine in § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 IfSG genannte Krankheit oder einen in § 7 IfSG genannten Krankheitserreger verbreitet (§ 74 IfSG).

Aachen, den 23.10.2020

Der Städteregionsrat
Dr. Tim Grüttemeier